

USA | 11.11.2016 | Lesezeit 3 Min.

Trump ist eine wirtschaftspolitische Herausforderung

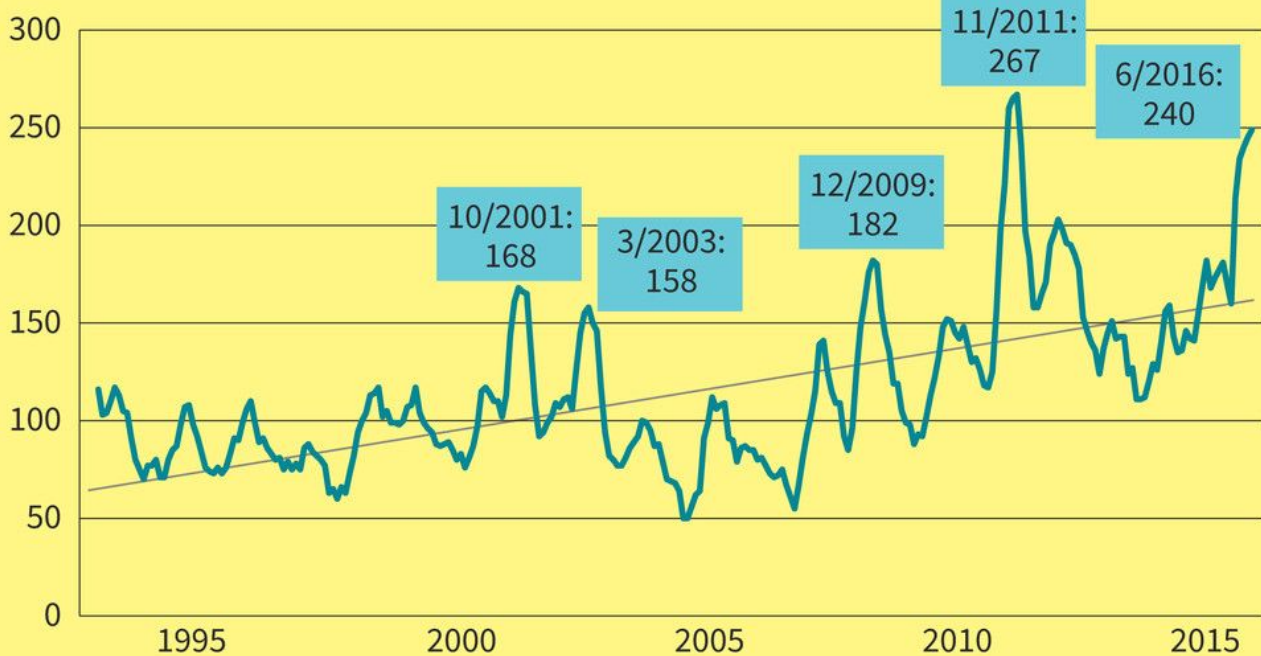
Ein politischer Neuling wird zum mächtigsten Mann der Welt. Die Wahl des Protektionisten Donald Trump zum US-Präsidenten wirft viele Fragen zur Zukunft auf. Professor Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, schätzt die möglichen Konsequenzen für die Weltwirtschaft und speziell für deutsche Unternehmen ein.

Der Ausgang der US-Präsidentschaftswahl war nicht nur eine große Überraschung, es bleibt eine große Verwunderung und Unsicherheit. Noch nie war so wenig erkennbar und einschätzbar, was der künftige Präsident der USA tun wird. Noch nie waren wir so sehr auf Vermutungen angewiesen. Das ist bereits für sich genommen wirtschaftlich und wirtschaftspolitisch für uns in Europa und in Deutschland beachtlich. Die Reaktion der US-Börsen hilft dabei wenig, da hier kurzfristig die Aussicht auf eine niedrigere Einkommenssteuer die Stimmung ins Positive gedreht hat. So bleibt Unsicherheit, genauer: Ungewissheit, weil den verschiedenen, indes unbekanntem Szenarien noch nicht einmal plausibel Wahrscheinlichkeiten zugeordnet werden können.

Politische Unsicherheit prägt ohnehin schon in erheblichem Ausmaß das weltwirtschaftliche Geschehen und belastet vor allem die Investitionsneigung (Grafik). Insofern trüben sich die Wachstumsaussichten vorerst zusätzlich ein, ein verstärkter Investitionsschub ist jedenfalls nicht zu erwarten.


Wirtschaftspolitische Unsicherheit nimmt zu

Index der wirtschaftspolitischen Unsicherheit in Deutschland



Gleitender 6-Monats-Durchschnitt seit 1993

Ursprungsdaten: Economic Policy Uncertainty
© 2016 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Donald Trump ist ein Risiko für das deutsche
Geschäftsmodell.

Versucht man dennoch, einige wirtschaftspolitische Schlüsse aus dem Trump-Wahlkampf zu ziehen, dann sind die folgenden Überlegungen plausibel:

1. **America First.** Generell wird sich fortsetzen und wohl verstärken, was schon zuletzt greifbar war. Die USA sehen sich immer weniger in der Rolle und Verantwortung, an anderen Orten der Welt sicherheitspolitisch zu agieren. Das verlangt von Deutschland mehr Anstrengungen für die eigene Sicherheit. Die vom EU-Rat in Bratislava aufgenommene Idee einer gemeinsamen europäischen Verteidigungsstruktur wird nun noch viel bedeutsamer.
2. **Exploding Fiscal Deficit.** Die Vorschläge zu Steuersenkungen und einer Infrastrukturoffensive werden – so zeigen Abschätzungen amerikanischer Ökonomen – das Staatsdefizit wieder in die Höhe treiben. Wenn das nicht an fiskalpolitischen Falken der Republikaner im Kongress scheitert, dürfte es die Fed unter Druck setzen, schneller die Zinsen zu erhöhen. Die internationalen Kapitalmärkte werden also nur kurzfristig Freude an Trump haben.
3. **The End of TTIP and TPP.** Bei keinem Thema war Trump so deutlich, wie beim Freihandel. Hier sieht er die Ursache der De-Industrialisierung, hier verspricht er den vielen verwundeten weißen männlichen Seelen Heilung. Deshalb sind die Aussichten auf eine Fortsetzung der Verhandlungen zur transatlantischen Partnerschaft gleich null. Auch mittelfristig ist hier wenig zu erwarten. Das ist deshalb so bedeutsam, weil die ohnehin schwache Weltwirtschaft und der seit Anfang des Jahrzehnts schwache Welthandel dringend einen Impuls benötigen. Freihandel und Investorenschutz sind der günstigste Weg, eine neue Dynamik zu erreichen.
4. **Risk for the German Business Model.** In dem Maß, in dem die Trump-Administration auf Abschottung und Isolation setzt, wird dies die USA aus ihrer Rolle als Zielland Nummer eins für die deutschen Exporte verdrängen. Das wird sich über die direkten Effekte hinaus noch verstärken, wenn die Selbstschädigung der USA durch eine solche Strategie die ökonomischen Kraftzentren im Silicon Valley und in der Metropolregion New York schwächt.

Man darf bei all dem nicht vergessen: Die Weltwirtschaft ist ohnehin in einer Phase der Neuformierung. Die Geschichte der Schwellenländer ist auserzählt und muss durch institutionelle Reformen dort neu belebt werden; der Welthandel schwächt auch deshalb. Europa muss seine Rolle nach dem Brexit-Votum neu definieren. Die politischen Konflikte verändern auch die ökonomische Arbeitsteilung. Und nicht zuletzt fordert die Digitalisierung bestehende Wertschöpfungsstrukturen heraus, was auch deren Raumstruktur betrifft; Transportkosten werden künftig Arbeitskostenunterschiede dominieren. Rückverlagerungen von Produktion in die westlichen Länder sind plausibel.

Begründete Spekulationen zeigen den Möglichkeitsraum künftiger Entwicklung auf. Freilich, es kann auch anders kommen. Und hoffentlich kommt es anders. Für die

deutsche Wirtschaftspolitik heißt es in jedem Fall, das Hauptaugenmerk auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu richten, auf Innovationen und Investitionen zu setzen und vor allem: nicht selbst zu einer Quelle der Verunsicherung zu werden.

Der Ansprechpartner:

Michael Hüther *Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft*

1. Studium der Wirtschaftswissenschaften und der mittleren und neueren Geschichte an der Justus-Liebig-Universität in Gießen
2. Promotionsstudium Wirtschaftswissenschaften
3. Seit 2004 Direktor und Mitglied des Präsidiums des Instituts der deutschen Wirtschaft



Telefon: 0221 4981-600

E-Mail: huether@iwkoeln.de

Kernaussagen in Kürze:

- Die USA sehen sich immer weniger in der Verantwortung, an anderen Orten der Welt sicherheitspolitisch zu agieren.
- Die internationalen Kapitalmärkte werden nur kurzfristig Freude an Trump haben.
- Trumps Ziel der Abschottung und Isolation wird die USA aus ihrer Rolle als Zielland Nummer eins für die deutschen Exporte verdrängen.